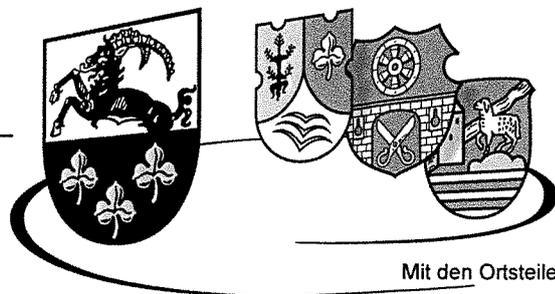


Markt Großostheim



Markt 63757 Großostheim-Postfach 1280

Herr
Winfried Bausback, MdL
Knotenstraße 3
63741 Aschaffenburg

Mit den Ortsteilen

Ringheim
Pflaumheim
Wenigumstadt

Vorab per E-Mail: info@winfried-bausback.de

Datum	Dienststelle	Zimmer	Unsere Zeichen	Ihre Zeichen	Sachbearbeiter/in
26.04.2023	Geschäftsleitung	19	1641/23-Gö		Stephan Göller
Telefon	Telefax	E-Mail			
06026/5004-5100	06026/5004-9000	allgemeine-verwaltung@grossostheim.de			

Geplante Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Großostheim; Zusammenarbeit, Unterstützung und Forderungen

Anlagen: Positionspapier DStGB vom 05.01.2023
 Positionspapier DStGB vom 06.03.2023
 Brüsseler Erklärung Bayerischer Landkreistag vom 30.12.2022

Sehr geehrter Herr Abgeordnete,
Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits mit Schreiben vom 10.03.2023 haben wir uns in Bezug auf eine geplante Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft (damals noch in der Bahnhofstraße 16 mit 150 Asylbewerbern) an Sie gewandt und auf den bundes- und landespolitischen Handlungsbedarf hingewiesen.

In der Zwischenzeit ging bei uns ein Bürgerbegehren gegen die geplante Asylunterkunft ein, welches überwiegend aus formellen und materiellen Gründen abzulehnen war. Dies erfolgte in der Sitzung des Marktgemeinderates vom 20.04.2023.

Alle Bürger ernst nehmen:

Auch wenn das Begehren zurückzuweisen war, wurden hierfür rd. 1.700 Unterschriften gesammelt. Diese Bürger, (immerhin gut 10 % der Einwohner) haben schlichtweg Angst vor einer nicht beherrschbaren Situation vor Ort und wollten mit ihrer Unterschrift den Unmut sowie die Ohnmacht gegenüber den ausbleibenden Handlungen des Staates zum Ausdruck bringen. Wir bitten Sie auch deren Bedenken bei den weiteren politischen Entscheidungsprozessen ernst zu nehmen und die Sichtweise in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

Wir wollen Hilfe vor Ort leisten:

Der Markt Großostheim ist sich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum Thema Asyl bewusst. Auch wir leisten hierzu gerne unseren Beitrag! Wir können dazu auf motivierte Helferinnen und Helfer zurückgreifen. Es bedarf hierzu aber einer Anpassung/Verbesserung der Rahmenbedingungen. Dies muss auch politisch gewollt sein. Sorgen Sie für eine zügige Verbesserung der Bedingungen.

Faktor Überlastung der Kommunen:

Sie als verantwortliche/r Mandatsträger/in im Land/Bund sind für die notwendigen Rahmenbedingungen zuständig, damit die sog. Keimzelle der Demokratie, nämlich die Gemeinden, ihre Aufgaben erfüllen können. In den letzten Jahren ist jedoch immer wieder zu erkennen, dass viele bundes- und landespolitische Themen sich auf die Gemeinden verlagern. So soll z.B.

- ab dem Jahr 2026 der Betreuungsanspruch für die Schulkinder sukzessive umgesetzt werden. D.h. Flächen suchen, Gebäude errichten, Personal anstellen, Strukturen schaffen.
- die Energiewende soll vor Ort durch Anlagen sichergestellt werden. Hierzu müssen die Bürger mitgenommen, ein Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen (z.B. Ackerland gegen Energiefläche) gefunden sowie komplexe Planungsprozesse abgewickelt werden.
- die Daseinsvorsorge vor Ort (z.B. Trinkwasser, Abwasser) erhalten werden. Die Vorschriften und behördlichen Vorgaben für die Umsetzung werden immer komplexer. Verfahren dauern oft Jahre und kosten den Bürger zum Schluss viel Geld.
- Der Breitbandausbau umgesetzt werden. Hierbei ist landauf, landab zum Schluss mit defekten Straßen und teilweise schlechter Infrastruktur zu rechnen, die der Bürger schon einmal bezahlt hat und dann erneut mit Steuergeld in Stand gesetzt werden muss.
- Die demographische Entwicklung geschultert werden. Die Rahmenbedingungen für Ärzte und Fachärzte auf dem Land sind unattraktiv. Gleiches gilt für die Pflege, hier laufen wir sehenden Auges in ein Versorgungsproblem. Zum Schluss wird bei den Verantwortlichen vor Ort eine Lösung eingefordert werden.

Diese Liste könnten wir noch weiter fortführen. Sie soll aber im Wesentlichen als Beispiel dafür dienen, dass am unteren Ende der Demokratie schlussendlich der größte Brocken der Umsetzungsarbeit verbleibt. So nun auch bei der avisierten Flüchtlingsunterkunft.

Faktor Rahmenbedingungen:

Wir benötigen nun folgende Unterstützung seitens der Mandatsträger:

- Lassen Sie die Landkreise und die Gemeinden bei der Flüchtlingsunterbringung nicht im Regen stehen. Sorgen Sie endlich für eine langfristige Finanzierungszusage in dieser Sache an die kommunale Familie. Damit die Bezirke und Landkreise nicht – wie bisher erforderlich – zur Finanzierung der fehlenden Einnahmen für die auferlegten staatlichen Aufgaben an die Gemeinden herantreten müssen.
- Sorgen Sie für eine bessere Zuschusssituation, wenn durch nichtkommunale Aufgaben (hier Flüchtlingsunterbringung) kommunale Pflichtaufgaben, wie Kindergartenplätze, Schulplätze oder ähnliches ausgelöst werden.
- Sorgen Sie für eine bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften, die auch die entsprechende Hilfestellung für Geflüchtete leisten können.
- Sorgen Sie für eine gerechte Verteilung der nach Europa geflüchteten unter den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Gemeindeverwaltung hat bereits die örtlichen Helferkreise sowie die hauptamtlichen Strukturen im Landkreis Aschaffenburg an einen Runden Tisch zusammengebracht. Dabei ist festzustellen, dass vor allem im pädagogischen Bereich der Integrationsarbeit ein akuter Fachkräftemangel besteht, den es aufzufangen gilt. Machen Sie hierzu Lösungsvorschläge, um die Rahmenbedingungen für hauptamtliche Helferinnen und Helfer zu verbessern.

Wir benötigen nun folgende Unterstützung:

- Bitte prüfen Sie, ob eine Kostenübernahme für anfallende Personalkosten beim Markt Großostheim für eine zusätzliche Koordinierungsstelle gewährt werden kann.
- Stellen Sie in Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken sicher, dass eine ausgewogene Mischung an Asylbewerber untergebracht wird (d.h. auch Frauen und Familien, nicht nur alleinstehende/alleinreisende Männer).
- Stellen Sie in Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken sicher, dass eine gute Flüchtlings- und Integrationsberatung sichergestellt werden kann (nur so kann Integration gelingen!) und nicht von Beginn an klar ist, dass die einschlägigen Organisationen überhaupt nicht die notwendigen Personalkapazitäten haben.
- Stellen Sie in Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken sicher, dass auch die sog. Fehlbeleger in der Einrichtung wohnen bleiben dürfen, bis sie eine ordentliche Wohnung auf dem Mietmarkt gefunden haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Personen dann aus der Gemeinschaftsunterkunft heraus in die Obdachlosigkeit geschickt werden, für deren Unterbringung dann der Markt Großostheim als örtliche Sicherheitsbehörde aufkommen müsste. Auch für Asylbewerber kann es nicht sein, dass Sie sich quasi auf der Straße wiederfinden.

Forderung der Spitzenverbände der Kommunen:

Unsere Spitzenverbände (d.h. der Bayerische Gemeindetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund) haben hierzu mehrfach Forderungen an die Bundes- und Landespolitik herangetragen. Wir haben Ihnen hierzu die Positionspapiere vom 05.01.2023 und 06.03.2023 beigefügt. Ebenso wichtig erscheint uns der Hinweis auf die Brüsseler Erklärung des Bayerischen Landkreistages vom 30.12.2022. Wir bitten die Positionen in die politische Diskussion zu übernehmen.

Wir bitten Sie sich für unsere Forderung einzusetzen, und sich kurzfristig mit der Angelegenheit zu befassen. Auch wollen wir ausdrücklich mitteilen, dass ein Teil der Bevölkerung sehr unzufrieden ist und sich diese Unzufriedenheit u.E. hauptsächlich gegen die im Bund und Land verantwortlichen richtet. Bitte schaffen Sie bessere Rahmenbedingungen, damit Integration auch gelingen kann.

Mit freundlichen Grüßen

i.V.

Schuler
Dritter Bürgermeister